

**An die Deputation**  
im Grossrat  
des Kantons Wallis

Sitten, den 21. Februar 2014

**SPARMASSNAHMEN BEI DER DIENSTSTELLE FÜR UNTERRICHTSWESEN**

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

Seit einigen Wochen setzen sich verschiedene Verbände energisch für den Erhalt einer Schule ein, welche bislang ihre, für die Aufgabenbewältigung benötigten Ressourcen, aus budgetären Gründen, schwinden sieht. Obwohl die Schüleranzahl im französischsprachigen Wallis entschieden auf dem Vormarsch ist und der soeben veröffentlichte Bildungsbericht Schweiz 2014, einen wichtigen demografischen Anstieg prognostiziert, wird über einen Abbau der Betreuungsmassnahmen für Schüler diskutiert.

Im Widerspruch zu den Äusserungen des Departementvorstehers, haben die vorgeschlagenen Sparmassnahmen sehr wohl einen Einfluss auf die Klassenkontingente und die Beschäftigung der Lehrerschaft. Sie beeinflussen die Qualität der Walliser Schule.

- Streichung der Entlastungen am Ende der Laufbahn: bisherige Entlastungen für Lehrpersonen am Ende ihrer beruflichen Laufbahn und die diesbezüglich neu in Aussicht gestellten, werden sistiert. Ausserdem müssen Lehrpersonen mit Anspruch auf diese Massnahmen, erneut Unterrichtsperioden übernehmen. Diese Tatsache wird unweigerlich dazu führen, dass andere Lehrerkollegen Unterrichtsstunden verlieren.
- Globale Streichung von Entlastungen: Lehrkräfte, mit Anspruch auf solche Entlastungen, erfüllen grundlegende und wichtige Aufgaben, die zum administrativen Funktionieren einer Schule, bei der Betreuung von Schülern mit Schwierigkeiten und bei der Organisation von kulturellen und sportlichen Aktivitäten, beitragen. Aus Zeitmangel werden die Schulleitungen gezwungen sein, auf gewisse kulturelle und sportliche Aktivitäten, die bei Schülern sowohl die Kompetenz zur Leistungsbereitschaft als auch die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben fördern, zu verzichten. Die ersten Leidtragenden werden die Schüler sein.
- Keine Kompensation der Abgänge in den Ruhestand: Sitze sind nicht austauschbar; ein Verlust von Unterrichtsperioden auf einer Unterrichtsstufe kann nicht durch einem ruhestandbedingten Abgang auf einer anderen Unterrichtsstufe kompensiert werden; der Stundenverlust in einer Branche, kann nicht durch einen ruhestandbedingten Abgang in einer anderen Branche kompensiert werden.
- Reduzierung der Nachhilfeperioden, der Unterstützung für anderssprachige Schüler, von kreativen und handwerklichen Tätigkeiten: diese Massnahmen werden Schüler mit den schwächsten schulischen Leistungen unvermittelt treffen.

Bei allen Akteuren im Bereich des Unterrichtswesens herrscht eine enorme Unzufriedenheit. Eltern, Schulleitungen und Lehrpersonal setzen sich aktiv für weniger bittere Sparmassnahmen ein. Ein Blick auf die Website spval.ch oder aveco.ch veranschaulicht nachdrücklich den gegenwärtigen Unmut.

In gegenseitigem Einvernehmen mit dem ZMLP, haben die Verbände zahlreiche Schritte unternommen. Eine Delegation der Lehrerverbände traf den Staatsrat in corpore. Bei dieser Sitzung erklärte die kantonale Exekutive, dass sie dem Parlament unterliege, welches jeglichen Handlungsspielraum untergrabe. Ein Agieren zu Gunsten des Unterrichtswesens sei aus diesem Grund nicht möglich. Diese Vorstellung stimmt uns, was die Wahrnehmung der staatlichen Arbeitsweise betrifft, nicht sehr zuversichtlich.

Wir erlauben uns, Zweifel über den Zuständigkeitsbereich der Parlamentarier, bezüglich Verantwortlichkeit oder Probleme, zu äussern. Infolgedessen wenden wir uns an Sie und hoffen, von Ihrer Seite her, auf positiv beeinflussende Bemühungen hinsichtlich der Schule.

In Zusammenhang mit den Beschlüssen, fordert das DBS die verschiedenen Verbände zur Unterbreitung von Alternativen bildenden Vorschlägen auf. Für unseren Teil, gestaltet sich die Ausführung dieses Auftrages als sehr schwierig, da die Ausarbeitung des Staatsbudgets nicht unserem Aufgabenbereich obliegt. Ausserdem wurden wir im Vorfeld der Ankündigung, der als definitiv geltenden Sparmassnahmen, nicht konsultiert. Gegenwärtig können wir deshalb nur gegen die Auswirkungen dieser Massnahmen auf die Qualität der Dienstleistungen für unsere Schüler protestieren. Bereits das erst kürzlich von Grossen Rat verabschiedete Gesetz über die OS, dessen Umsetzung noch nicht vollendet ist, wurde aus budgetären Gründen reduziert, bevor eine ordnungsgemässe Beurteilung über dessen Auswirkungen durchgeführt werden konnte.

Diese Probleme beschäftigen uns. Wir appellieren deshalb an die, Ihnen verliehenen Ermächtigungen, damit wieder etwas Ruhe einkehren kann und zufriedenstellende Lösungen, gefunden werden können.

Möglicherweise werden einige unter Ihnen von einem Teil unserer Mitglieder, die sich über das Nachlassen lokaler Organisationen Sorgen machen, kontaktiert werden. Wir stehen Ihnen **unsererseits, bei der Organisation von Treffen mit den Vertretern Ihrer Fraktion, zur Verfügung**. Wir kennen nicht alle Schritte, die anlässlich der Märzsession unternommen werden können, freuen uns aber, mit Ihnen darüber zu debattieren.



Jean-Claude Aymon



Geneviève Constantin-Zufferey



Nathalie Bollin



David Moret



Adrienne Mittaz



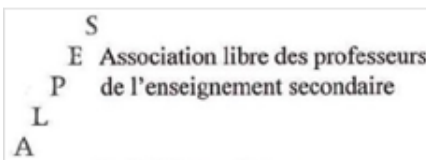
Didier Jacquier



Elmar Borter



Patrick Van Overbergh



Bernard Aymon



Stéphane Vaucher



Christine Wenger